

Vortrag an den Ministerrat

EU; a.o. Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 10. Jänner 2020; Bericht

Am 10. Jänner 2020 fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagung fand vor dem Hintergrund rezenter Entwicklungen im Irak statt, behandelte aber auch die Situation in Libyen.

Der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, sprach unter dem Tagesordnungspunkt „Laufende Angelegenheiten“ rezente Entwicklungen in Libyen an. Im Rahmen eines informellen Gedankenaustauschs mit dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Libyen, Ghassan Salamé, sprach dieser über seine Einschätzung der Lage und den Stand der Verhandlungen der *United Nations Support Mission in Libya* (UNSMIL) auf insgesamt drei Dialogkanälen – einem wirtschaftlichen und finanziellen Kanal, einem militärischen und sicherheitspolitischen Kanal und auf einer diplomatischen Verhandlungsschiene. In der Debatte der Außenministerinnen und -minister wurde vor allem die geplante Abhaltung einer Libyen-Konferenz in Berlin unterstützt und die Wichtigkeit der Einhaltung des VN-Waffenembargos unterstrichen. HV/VP Borrell stellte abschließend fest, dass sich die EU stärker in die Überwachung der Einhaltung des VN-Waffenembargos einbringen sollte. Daneben schlug er die Ernennung einer oder eines Sondergesandten der EU für Libyen vor und stellte ein starkes Mandat des Rates fest, sich in seiner Funktion aktiv vermittelnd zu engagieren und mit allen Konfliktparteien in Kontakt zu treten.

Dem Tagesordnungspunkt „Jüngste Entwicklungen in Irak und Möglichkeiten zur Deeskalation der Spannungen der Region“ ging ein informeller Austausch mit NATO-Generalsekretär (NATO-GS) Jens Stoltenberg voraus. Stoltenberg betonte dabei, dass das ausgesetzte Training von irakischen Sicherheitskräften fortgesetzt werden müsse und dass der Kampf gegen Da'esh/Islamischer Staat noch nicht gewonnen sei. Weiters forderte er, dass die transatlantische Einheit wiederhergestellt wird. In der anschließenden

Behandlung des Tagesordnungspunktes durch die Außenministerinnen und -minister im Beisein des Kommissars für Nachbarschaft und Erweiterung, Olivér Várhelyi, berichtete HV/VP Borrell über seine Gespräche im Vorfeld des RAB. Er betonte die Wichtigkeit der Vermeidung einer militärischen Eskalation und der Bemühungen für eine politische Lösung, was auch breite Zustimmung unter den anwesenden Außenministerinnen und Außenministern fand. Ich setzte mich in diesem Zusammenhang vor allem dafür ein, HV/VP Borrell ein starkes Mandat für diplomatische Bemühungen auszusprechen, welche auf Deeskalation und Förderung einer regionalen politischen Lösung abzielen. Dieses Mandat an den HV/VP wurde daraufhin in den vom Rat angenommenen *Common Messages* vermerkt. In Bezug auf den *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) gab es allgemeine Übereinstimmung im Rat, dass dieser weiterhin das beste Instrument bleibe, um die Entwicklung von iranischen Nuklearwaffen zu verhindern.

Zusätzlich wurden vom Rat angenommen

- Durchführungsverordnung (EU) 2020/19 des Rates vom 13. Januar 2020 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1337;
- Beschluss (GASP) 2020/20 des Rates vom 13. Januar 2020 zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung finden, und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2019/1341.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

26. März 2020

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister